

Polizeipräsenz: Sinnvoll oder Wahlpropaganda?

Wahlkampf pur am Donnerstagabend im Berner Stadtparlament: Die Plattform boten drei Vorstösse mit Fragen zur Wirksamkeit der verstärkten Polizeipräsenz in der Innenstadt. Beide Seiten bezichtigten einander der Wahlpropaganda.

Die Bürgerlichen warfen der regierenden rot-grünen Mehrheit zum wiederholten Male vor, die Thematik aus ideologischen Gründen jahrelang verschlafen und die Sicherheitsrisiken heruntergespielt zu haben. Nun, da das Thema in aller Munde sei, springe sie kurz vor den Wahlen auf den Zug auf.

Die Begründung des Gemeinderats, er habe die Polizeipräsenz verstärkt, weil beim Umbau des Bahnhofplatzes grössere Sicherheitsprobleme aufgetreten seien, sei eine «Beruhigungsspiel für's Volk» und letztlich auch Etikettenschwindel, sagte Philippe Müller (FDP). Andere Polizeiarbeiten blieben dafür einfach liegen.

Abbau von Überstunden ausgesetzt

In der Tat hat der Gemeinderat laut Sicherheitsvorsteher Stephan Hügli die Pflicht zum Abbau der Überstunden im Polizeikorps vor dessen Übergang zum Kanton aufgehoben. Die Grundversorgung im gesamten Stadtgebiet sei dadurch aber nicht gefährdet, betonte Hügli im Rat.

In den letzten Jahren alle sicherheitsrelevanten Vorstösse der Bürgerlichen abzuschmettern, und nun diesen billige Wahlpropaganda vorzuwerfen, sei einfach «lächerlich und unglaubwürdig», erklärte Dieter Beyeler (SD) an die Adresse der politischen Mehrheit im Rat.

Für die SP wiesen **Corinne Mathieu** und Claudia Kuster die Vorwürfe zurück. Es gebe zwar eine massiv erhöhte Gewaltbereitschaft, räumte **Mathieu** ein.

Das Gegenmittel sei aber mehr als nur eine Verstärkung der Repression. Genau so energisch müsse in Sachen Prävention, Integration und Ausbildung vorgegangen werden, um der Lage besser Herr zu werden.

«Wir sehen die Folgen eurer Prävention»

Offenbar würden die vielen Millionen für Präventionsprojekte nicht genügend guten Erfolg zeitigen, entgegnete Edith Leibundgut (CVP). «Wir sehen heute die Folgen eurer Prävention.»

Müller ergänzte, die Polizei koste die Stadt jährlich rund 28 Millionen Franken, die Sozialdirektion 130 Millionen Franken, mit Steigerungsraten von jährlich 10 Prozent.

Claudia Kuster (SP) rief die Bürgerlichen zur Mässigung und zu einem konstruktiven Umgang mit dem Thema auf. Das Sicherheitsgefühl der Menschen sei viel besser, als dies die Initianten der bürgerlichen Initiative für eine sichere Stadt Bern weismachen wollten. Polemik bringe der Sache und den Opfern von gewalttätigen Übergriffen nichts.

Keine Diskussion zu Polizeieinsatz an Anti-WEF-Demo

Eingangs der Sitzung lehnte es der Rat mit 38 zu 21 Stimmen ab, aus aktuellem Anlass über den Polizeieinsatz an der unbewilligten Anti-WEF-Kundgebung vom 19. Januar zu diskutieren. Gefordert hatten eine solche Rolf Zbinden (PdA) und Luzius Theiler (GPB).

Die Fraktion GB/JA reichte in der Folge umgehend eine dringliche Interpellation ein, in der sie den Polizeieinsatz auf seine Rechtmässigkeit und Verhältnismässigkeit überprüft haben will.